

RATSINFORMATIONSSYSTEM DER STADT TRIER

Auszug - Umsetzung des Beschlusses des Steuerungsausschusses vom 11.12.2014 zum Drogeriefachmarkt auf dem Petrisberg

Sitzung:	Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates	
TOP:	Ö 7	
Gremium:	Stadtrat	Beschlussart: zur Kenntnis genommen
Datum:	Di, 10.02.2015	Status: öffentlich/nichtöffentlich
Zeit:	17:02 - 20:49	Anlass: ordentliche Sitzung
Raum:	Großer Rathaussaal, Rathaus, Verw. Geb. I, Am Augustinerhof	
Ort:		
Vorlage:	019-1/2015 Umsetzung des Beschlusses des Steuerungsausschusses vom 11.12.2014 zum Drogeriefachmarkt auf dem Petrisberg	
Status:	öffentlich	Vorlage-Art: StR öffentlich
Berichterstatter:	1. Oberbürgermeister Jensen 2. Beigeordnete Kaes-Torchiani 3. Beigeordneter Egger	
Federführend:	Amt für Stadtentwicklung und Statistik	Bearbeiter/-in: Klein, Anne

Wortprotokoll
Beschluss

Ratsmitglied Herr Biegel teilte mit, dass die CDU-Fraktion die Vorlage 019-1/2015 nicht zustimmend zur Kenntnis nehme. Die Änderung der Formulierung des Antrages in eine Kenntnisnahme halte die CDU-Fraktion für einen „seltsamen demokratischen Akt“. Herrn Oberbürgermeister Jensen sei bekannt, dass die Ratsmehrheit den Antrag auf Beschluss der Vorlage abgelehnt hätte.

Ratsmitglied Herr Lehnart wies darauf hin, dass die Thematik in den letzten Tagen und in einigen Sitzungen mehrfach diskutiert worden sei. Auch in den Medien sei hierüber berichtet worden. Die SPD-Fraktion halte das, was sich hier abspiele für „eine unverantwortliche Posse“, so Ratsmitglied Herr Lehnart wörtlich. Diese Auffassung werde auch von den Wirtschaftsverbänden und dem Runden Tisch Einzelhandel geteilt. Es werde sich zeigen, welche Folgen nachher eintreten werden. Es bleibe zu hoffen, dass in Zukunft der Umgang mit Rat und Verwaltung anders ablaufe.

Namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezeichnete Ratsmitglied Herr Leuckefeld es als ungewöhnlich, dass eine solche Vorlage dem Stadtrat vorgelegt werde. Es sei davon auszugehen, dass der Stadtrat in Zukunft nicht damit beschäftigt werden müsse, wenn ein Bauträger oder Investor Differenzen mit der Verwaltung um einige Quadratmeter habe. Es handele sich um das operative Geschäft der Verwaltung.

Ratsmitglied Herr Leuckefeld führte weiter aus, dass er heute die Gelegenheit nutzen wolle und einige Polemiken, die im Vorfeld in dieser Debatte gefallen seien, kommentieren wolle.

Es sei richtig, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, auch auf Bitten der CDU-Fraktion, in diesem einen Punkt einem Entwurf eines Einzelhandelskonzeptes widersprochen habe. Darauf hin habe sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einige Vorwürfe anhören müssen. Ratsmitglied Herr Lehnart habe es als Posse bezeichnet. Der Fraktion sei vorgeworfen worden, dass sie umgefallen sei, grüne Prinzipien verraten hätte, etc.

Wenn man mit einer Fraktion zusammen arbeite und beide Fraktionen so charakterstark seien, dann gebe es bisweilen auch einige Schwierigkeiten. Man müsse manch eine „Kröte schlucken“ und Kompromisse eingehen.

Ratsmitglied Herr Leuckefeld konstatierte, dass es um einen Drogeriemarkt auf dem Petrisberg gehe und nicht etwa um ein Atommüll-Endlager. Im Programm sei nirgends niedergeschrieben, dass grüne Prinzipien darin bestehen, gegen die Ansiedlung von Drogeriemärkten zu sein.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei der festen Überzeugung, dass der Entwurf des Einzelhandelskonzeptes, der demnächst beraten werde, in den nächsten Jahren wiederum einer Revision zugeführt werden müsse, weil man städtischen Entwicklungen folgen müsse. Auch das bestehende Einzelhandelskonzept sei bereits in Punkten novelliert worden.

Dies bedeute jedoch nicht, dass das Konzept vom Grundsatz her falsch sei oder dass durch den besagten Drogeriemarkt das ganze Konzept aus den Angeln gehoben werde. Dies zeige auch die Vorlage.

Als weiterer Vorwurf sei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstellt worden, dass sie Klientel-Politik betreibe. Hier sei die Frage zu stellen, welche Klientel die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eigentlich bediene. Es sei kaum davon auszugehen, dass die CDU den Investor fördern wolle, der seinerzeit SPD-Landtagsabgeordneter gewesen sei. Die CDU habe wenig Interesse daran, ausgerechnet diesen Investor zu fördern. Auch Bündnis 90/Die Grünen habe bisher vom Drogeriemarktbetreiber noch keinen Geldeingang zu verzeichnen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne lediglich die Empfehlung aussprechen, die Bewohner in Neu-Kürenz oder auf dem Petrisberg zu fragen, was sie von dem Drogeriemarkt halten. Dann sei erkennbar, in welcher Hinsicht CDU und Grüne Klientel-Politik betreiben.

Es wäre erfreulich, wenn die vehemente Diskussion hinsichtlich des Drogeriemarktes auf dem Petrisberg auf die Probleme, die dem Einzelhandel in dieser Stadt bevor stehen, hingelenkt werde.

Ratsmitglied Herr Prof. Dr. Kleber erklärte als Sprecher der FWG-Fraktion, dass die Vorlage mit Ingrim geschrieben worden sei. Habe sich doch der Steuerausschuss „erdreistet“, den Vorstellungen der Verwaltung und des Stadtvorstandes nicht zu folgen. In der Begründung werde nun der Eindruck erweckt, als hätte das der Steuerausschuss vollkommen sinnfrei und ohne Argumente beschlossen. Denn wie anders sei der letzte Satz des zweiten Absatzes in der Begründung zu verstehen: „Unabhängig dieser begründeten Positionen hat der Steuerausschuss mehrheitlich den v. g. Beschluss gefasst.“? Im Erwartungshorizont tauche damit auf, dass die anderen keine Gründe haben. Genau das Gegenteil sei der Fall. Es müsse heißen: „In Kenntnis dieser Positionen hat der Steuerausschuss mit großer Mehrheit in sorgfältiger Abwägung des Für und Wider v. g. Beschluss gefasst.“ Es habe sich um eine nichtöffentliche Sitzung gehandelt und deshalb können die dort gemachten Ausführungen jetzt nicht vorgetragen werden.

Insofern könne die FWG-Fraktion die Vorlage ebenfalls nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen. Die FWG-Fraktion beantrage, dass der letzte Satz des zweiten Absatzes gestrichen werde und durch folgende Formulierung ersetzt werde: „In Kenntnis dieser Positionen hat der Steuerausschuss mit großer Mehrheit und in sorgfältiger Abwägung des Für und Wider v. g. Beschluss gefasst.“

Ratsmitglied Herr Schneider signalisierte, dass auch die FDP-Fraktion Probleme damit habe, die Vorlage zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Im Jahr 2014 sei folgender Beschluss gefasst worden: „Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein Drogeriemarkt auf dem Petrisberg betrieben werden kann.“ Für die FDP-Fraktion stelle sich die Frage, ob sich das operative Geschäft der Verwaltung in diesem Fall tatsächlich an diesem Beschluss ausrichte.

In Beantwortung dieser Frage erklärte Herr Oberbürgermeister Jensen, dass der Steuerausschuss die Verwaltung beauftragt habe, die Voraussetzungen zu schaffen. Und genau diese Voraussetzungen werden nun geschaffen.

Ratsmitglied Herr Lehnart wies darauf hin, dass die Voraussetzungen geschaffen worden seien, einen Drogeriemarkt auf dem Petrisberg zu eröffnen. Er halte nach wie vor an seiner Auffassung fest, dass es sich um eine Posse handele. Er komme sich vor wie auf einem Basar: heute so viel Quadratmeter, morgen so viel Quadratmeter und übermorgen noch ein paar Quadratmeter mehr. Die SPD-Fraktion lasse sich nicht vor den „Karren eines Investors“ spannen, egal welche Parteizugehörigkeit der Investor habe.

Ratsmitglied Frau Hermann stellte die Frage in den Raum, warum in der Stadt Trier Konzepte erarbeitet werden. Warum werde ein Einzelhandelskonzept erstellt, ein Schulentwicklungskonzept, ein Mobilitätskonzept und ein Friedhofskonzept? Die Antwort darauf laute, dass es sinnvoller sei, sich bei der täglichen Arbeit an Gesamtkonzepten zu orientieren als Einzelmaßnahmen isoliert abzuarbeiten.

Wenn man nun dazu übergehe, jede Einzelmaßnahme zu prüfen, die nicht in das Konzept hinein passe, dann sei die Erarbeitung der Konzepte reine Makulatur. Es sei erschreckend, dass Ausnahmen zu einem Einzelhandelskonzept zugelassen werden, das erarbeitet sei, aber noch nicht einmal in Gänze fertig gestellt sei. Wenn diese Praxis sich fortsetze, dann mache es keinen Sinn, dass der Stadtrat Konzepte erarbeite.

Ratsmitglied Frau Falk zeigte sich sehr verwundert über die Diskussion.

Der Steuerungsausschuss habe am 11.12.2014 in öffentlicher Sitzung mit großer Mehrheit einen Beschluss gefasst. Unter Demokraten sei es üblich, dass mit Mehrheit gefasste Beschlüsse akzeptiert werden.

Die Vorlage sei nach der Sitzung des Steuerungsausschusses abgeändert worden und sei nun vom Stadtrat zur Kenntnis zu nehmen. Es gehe nicht um eine zustimmende Kenntnisnahme, da eine Kenntnisnahme nie zustimmend oder ablehnend sein könne. Nach wie vor vertrete die CDU-Fraktion die Auffassung, dass die Vorlage überflüssig sei. Der Steuerungsausschuss habe im Dezember 2014 einen Beschluss gefasst und es sei die Aufgabe der Verwaltung, diesen Beschluss umzusetzen und auszuführen.

Zu Punkt 1 liege ein Bauantrag vor und es gehöre zum Geschäft der laufenden Verwaltung, über beantragte Baumaßnahmen zu entscheiden, nach pflichtgemäßem Ermessen und nach Recht und Gesetz. Die Verwaltung könne entscheiden und genehmigen, entweder wie beantragt oder eben nicht wie beantragt. Nach Vorlage der Begründung könne der Bauherr überlegen, ob er Widerspruch einlege oder nicht.

Es liege noch kein Einzelhandelskonzept vor, sondern lediglich ein Entwurf, der derzeit diskutiert werde. Es gehöre zum üblichen Procedere, dass nachgebessert werde, wenn sich Dinge verändert haben. Zu gegebener Zeit werde dann über einen abschließenden Entwurf entschieden.

Den Stadtrat heute mit der vorliegenden Vorlage zu beschäftigen - auch, wenn es sich nur um eine Kenntnisnahme handele - sei aus Sicht der CDU-Fraktion überflüssig.

Herr Oberbürgermeister Jensen ging auf die Bemerkung des Ratsmitgliedes Herr Biegel ein, der von ungewöhnlichen Methoden und von einer seltsamen demokratischen Art gesprochen habe. Es sei demokratisch, dass die Verwaltung sage, wie sie gedenke, den Beschluss umzusetzen und welche Schlussfolgerungen aus der Realisierung zu erwarten seien.

In einem solchen Verfahren mit diesem ungewöhnlichen Verlauf sei es nicht nur legitim, sondern geboten, dass die Verwaltung den Stadtrat in Kenntnis setze.

Ratsmitglied Herr Biegel bemerkte, dass der Stadtrat von Fall zu Fall instrumentalisiert werde, wenn es in der Außenwirkung interessant sei.

Herr Oberbürgermeister Jensen entgegnete, dass er den Stadtrat in acht Jahren noch nicht einmal wegen einer öffentlichen Wirkung instrumentalisiert habe. Eine solche Unterstellung weise er auf das Entschiedenste

zurück.

Der Rat der Stadt Trier nahm den Entscheidungsvorschlag der Verwaltung zur Kenntnis.